

Aktionsbündnis gegen S21

Protokoll der digitalen Sitzung am 28. Oktober 2025, 17 bis 18:45 Uhr

ArchitektInnen für K21: **Norbert**

Bündnis Rems-Murr für Kopfbahnhof Stuttgart: **Ernst**

Bürgerbahn-Denkfabrik: **Andi**

Eisenbahnerstammtisch: **Jenö** (ab 18:10 Uhr)

GewerkschafterInnen gegen S21: ---

Juristen zu S21: **Dieter** (Sprecher)

Linke: ---

Mahnwache: **Margarete**

Stadtteilgruppen: **Doris, Heidi**

Schutzgemeinschaft Filder: **Frank, Steffen** (bis 18 Uhr)

SÖS: **Reinhard**

SPD-Mitglieder gegen S21: **Hermann**

Netzwerke 21: ---

TheologInnen gegen S21: **Martin** (Sprecher)

UnternehmerInnen gegen S21: ---

VCD: **Markus**

Ziviler Ungehorsam: **Gisela**

Als Gast: Ingenieure22: **Ulli**

Entschuldigt: **Werner**

Moderation: **Ernst**

Protokoll: **Hermann**

1. **Klärung etwaiger technischer Probleme:** keine
2. **Eröffnung:** Dieter begrüßt die Teilnehmer/innen und berichtet vom heutigen Tod (nach schwerer Krankheit) von Wolfgang Jakubeit
 - [Werners per E-Mail verfasstes und kurz vor der Sitzung am 14. Oktober verschicktes Kurz-Protokoll kann nicht genehmigt werden, weil noch kaum jemand es gelesen hat. Ein ordentliches Protokoll soll folgen.](#)
 - heutige Tagesordnung wird ergänzt um die Punkte 4.5, 4.6, 5.1 und 5.2.
3. **Hauptthema:**
 - 3.1. **Bürgerbegehren:** Dieter berichtet, zum „selbst erfundenen Stichtag“ seien knapp 24.000 Unterschriften gesammelt und eingereicht worden. Bei 15 Prozent ungültigen Stimmen wäre also das Quorum von 20.000 Stimmen klar übertroffen. Noch sei aber ungewiss, an welchem Tag die Drei-Monats-Frist wirklich beendet sei – ob am 15. Oktober wegen der Entscheidung des Gemeinderats am 15. Juli oder später wegen der Veröffentlichung dieses Beschlusses in Zeitungen und/oder im Amtsblatt. Satzungs-gemäß komme es zwar auf die Veröffentlichung im Amtsblatt an, den Aussagen von „Mehr Demokratie“ zufolge reiche dafür aber auch eine Meldung in der Zeitung aus. Dann wäre es der 17. Oktober, wobei die Zahl der bis zu diesem Datum gesammelten Unterschriften leider nicht erhoben worden sei. Der Gemeinderat habe innerhalb von zwei Monaten über die Zulässigkeit der Eingabe zu entscheiden und dafür auch die Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens anzuhören. Falls er sie wegen ungenügender Stimmenzahl oder falscher Fragestellung für unzulässig erkläre, gebe es die Möglichkeit des Widerspruchs, über den dann das Regierungspräsidium entscheiden wür-

de. Das Verfahren nach einer etwaigen Klage hingegen werde recht lange dauern. Unterdessen könne die Stadt dann schon Fakten geschaffen haben. Für einen Bürgerentscheid infolge eines erfolgreichen Bürgerbegehrens blieben vier Monate Zeit, das Quorum der Wahlbeteiligung dafür liege bei mindestens 20 Prozent – kein Problem, wenn der Bürgerentscheid auf den Termin der Landtagswahl am 8. März 2026 gelegt würde. Eine Mehrheit müsse dabei natürlich erreicht, ein wirkungsvoller Wahlkampf deshalb dafür auch organisiert werden.

Martin ergänzt Dieters Bericht: Fürs Bürgerbegehren seien inzwischen 15.000 und 20.000 Euro ausgegeben worden – bei Spendeneinnahmen von bislang rund 7.600 Euro, mit denen eine noch ausstehende Rechnung in Höhe von 8.600 Euro für Druck und Konfektionierung des Flyers – zahlbar bis Anfang November – halbwegs beglichen werden könne. Weil das Aktionsbündnis den Großteil der Kosten fürs Bürgerbegehren finanziert habe, müssten weitere Spenden auch vorrangig dorthin fließen. Ins Auge gefasst werde eine Kampagne, um Spenden gezielt bei zahlungskräftigen Unterstützer*innen zu akquirieren. Zudem sei Geld auch von der Fraktion, vom BUND und vom VCD zu erwarten. Martin informiert in diesem Zusammenhang über das nächste Treffen des Kampagnenteams am 30. Oktober – mit ihm selbst sowie Alex Schauenburg von KUS und Gero Treuner vom VCD, allerdings ohne Hannes Rockenbach. In der Runde heben alle Anwesenden den unermüdlichen Einsatz vieler Sammler*innen von Unterschriften fürs Bürgerbegehren ganz besonders hervor.

- 3.2. **Klausur am Samstag, 8. November, 10 bis 17 Uhr im Clara-Zetkin-Haus:** Diskutiert wird vor allem über die Frage, wie diese Tagung vorzubereiten und zu gestalten sei – mit Planung von Themen und Ablauf im Voraus oder im Austausch von Ideen und Anregungen während der Klausur selbst? Unabhängig davon werden bereits einige Punkte in Betracht gezogen: Bürgerbegehren, Finanzierung, Bewegungstreffen, Klima, Wohnungsbau, Selbstverständnis im Bündnis und Einschätzung unserer Kräfte, Austausch mit Jörg. Frank erklärt sich bereit, zum Thema Städtebau etwas beizutragen und auch die Klausur zu moderieren. Norbert hält es für notwendig, einen Bürgerentscheid mit einem „sehr griffigen Thesenpapier“ zu unterstützen, und wäre auch bereit, an dessen Entstehung mitzuwirken. Frank kann sich nach seinen guten Erfahrungen mit Frieder Kümmerer und Harald Kirchner vom SWR vorstellen, ein weiteres Sechs-Augen-Gespräch mit den Beiden zu führen.

4. Meinungsaustausch:

- 4.1. **Vollversammlung der Mahnwache:** Dieter berichtet vom Treffen am Samstag im Forum 3 mit etwa 20 Leuten vor allem älterer Jahrgänge. Jörg habe vorgeschlagen, dass auch von uns Leute dort mitmachen sollten. Bei sinkender Zahl von Einsatzkräften werde es immer schwieriger, die (Zwei-Stunden-)Schichten ausreichend zu besetzen. Grundsätzlich sollten die Öffnungszeiten bleiben, da aus einer Schließung an einzelnen Tagen Probleme mit dem Versammlungsrecht entstünden. Angeregt worden sei, der Mahnwache die Adressen von Aktiven des Bürgerbegehrens zu übermitteln, um auch aus deren Reihen Einsätze in der Mahnwache rekrutieren zu können. Bei den Materialien stagniere sowohl das Angebot wie auch die Nachfrage, aber „Gudsle“ würden sehr gut ankommen in der Weihnachtszeit. Geteilt seien in der Mahnwache die Meinungen darüber, ob der Einsatz besser draußen oder drinnen zu leisten sei. Bei echtem Interesse des Publikums sei Rausgehen angesagt, es gebe aber auch recht lästige Leute. Deshalb werde es Jedem und Jeder selbst überlassen. Das Sichtfenster aber solle transparenter werden. Neu ins Orgateam der Mahnwache sei Helmut Böhnisch gewählt worden.

- 4.2. **Urheberrechtssache:** Dieter informiert über die Forderung einer DPA-Tochter in Höhe von 1.100 Euro wegen unrechtmäßig verwendeter Fotos in drei Beiträgen im Schaukasten der Mahnwache und im Internet. **Einstimmig angenommen wird der Vorratsbeschluss, 415 Euro gemäß dem Vergleichsvorschlag der Anwälte zu zahlen.**
- 4.3. **Bewegungsveranstaltung:** Ursprünglicher Anlass dafür war, so Dieter, die als mangelhaft empfundene Information des Aktionsbündnisses über Baumfällungen im Februar 2025. Der zunächst zusammen mit dem Demo-Team avisierte Termin im Forum 3 musste – vor allem wegen der Aktivitäten fürs Bürgerbegehren – verschoben werden. Martin organisiert **einen Raum für** eine neue Veranstaltung am Montag, 19. Januar 2026.
- 4.4. **Berlin-Reise:** Markus' Bericht zufolge gab es keine Anmeldungen zu einer von ihm kuratierten Berlin-Fahrt zur außerordentlichen Sitzung des Bahn-Aufsichtsrates anlässlich der Entlassung von DB-Cargo-Chefin Sigrid Nikutta. Dies habe sich daher vorerst erledigt, künftige Berlin-Fahrten aber seien gleichwohl zu überdenken.
- 4.5. **Finanzierung von Aufklebern zur Gäubahn:** **Auf Reinhardts Antrag wird einstimmig beschlossen, mit 30 Euro eine zweite Auflage von tausend Stück des Gäubahn-Aufklebers zu finanzieren.**
- 4.6. **Tagung der Bürgerbahn Denkfabrik im Welthaus:** Ernst zieht den Punkt wegen Zeitmangels zurück.

5. Information:

- 5.1. **Gespräch in Berlin:** Ernst berichtet von Dieter Doeges (bisher noch gescheitertem) Versuch, die Bürgerbahn-Denkfabrik ins Gespräch zu bringen mit Evelyn Palla, der neuen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG. Dieser Faden aber werde weiterhin gesponnen – und Frank meldet sein Interesse an, bei einem solchen Gespräch ebenfalls dabei zu sein. Frank und Dieter bemühen sich wegen der (von uns nicht gewollten) Finanzierung des Pfaffensteigtunnels weiter um einen Kontakt zu Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder. Dieter hat dazu eine E-Mail an den zuständigen Abteilungsleiter geschickt. Frank hat für Dieter zudem einen Brief mit ministerialen Sparvorschlägen an Bundesfinanzminister Lars Klingbeil entworfen. Statt Gelder in einen millionenschweren, aber unnötigen Tunnel zu stecken, sollten über einen „Sonderfonds **Infrastruktur**“ besser die Gleise der Gäubahn ertüchtigt werden. Markus regt an, diesen Brief auch an Tarek Al-Wazir zu schicken, den Vorsitzenden des Bundestags-Verkehrsausschusses. Frank stimmt zu und ergänzt: auch an den Bund der Steuerzahler und an den Bundesrechnungshof!
- 5.2. **Gestrige Pressemitteilung:** Dieter hat zusammen mit Klaus Riedel einen Text formuliert, der bei Peter Schwarz auf sehr offene Ohren stieß. Der Journalist für die Kreisseiten der Waiblinger Kreiszeitung wolle auf dieser Grundlage einen umfangreichen Fragenkatalog an die Region schicken und darüber alsbald auch berichten.

Ende der Sitzung: 18:45 Uhr
Protokoll-Stand: 10.11.2025